Herbert Tumpel

BEGRÜSSUNG UND EINLEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst eines überalterten Kontinents“ – mit diesen Worten leitete die Neue Zürcher Zeitung vor einigen Jahren einen Kommentar zur demographischen Entwicklung in Europa ein. Wir sind in dieser Frage mit einem eigenartigen Phänomen konfrontiert: Lange Zeit war das vorherrschende demographische Thema in Europa das Wachstum der Weltbevölkerung und dessen Auswirkungen auf Umwelt, Ressourcen und Ernährungssicherheit. Keine der damit verbundenen Fragen ist gelöst. Aber inzwischen ist das Thema in Europa heute die Alterung der Gesellschaft und deren Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und Alterssicherung.

Die Auswirkungen werden dabei vielfach als unabwendbare Katastrophe dargestellt. Wie sehr selbst renommierte Medien die Grenze zwischen Demographie und Demagogie überschreiten, zeigte sich vor einigen Wochen bei der Vorstellung der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes in Berlin: „Deutschlands Weg in die Vergreisung“ titelte daraufhin die Tageszeitung „Die Welt“.

Auch die EU-Kommission neigt zur Dramatisierung: Vom „Ticken der demographischen Zeitbombe“ sprach im Oktober 2006 EU-Kommissar Vladimír Špidla anlässlich der Vorstellung der Mitteilung der Kommission zum Thema Demographie. Obwohl sich deren Titel „Die demographische Zukunft Europas – Von der Herausforderung zur Chance“ eigentlich wohltuend vom sonst gebräuchlichen alarmistischen Ton abhebt und auch der Inhalt aufhorchen lässt. Beispielsweise in der Klarstellung, dass Alterung keineswegs mit einer Abnahme der Produktivität verbunden sein muss. Oder in der Hervorhebung, dass Konzepte des „aktiven Alterns“ weit über bloße Rentenreformen hinaus gehen müssen.

Im Kern drehen sich die Katastrophenszenarien, mit denen wir seit einigen Jahren konfrontiert sind, um die Botschaft, dass die heutigen Alterssicherungssysteme langfristig nicht mehr finanzierbar sind. Dahinter verstecken sich oft auch handfeste politische und ökonomische Interessen: PolitikerInnen rechtfertigen mit dem vermeintlichen Ticken einer „demographischen Zeitbombe“ schmerzhafte Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme. Finanzdienstleister drängen auf den Auf- bzw. Ausbau privater Pensionssysteme.

Ich meine, dass es höchste Zeit ist, die Diskussion wieder zu versachlichen und die Entwicklung objektiv zu analysieren. Daher auch der Titel der heutigen Veranstaltung „Europa altert – na und?“ Dieser provokante Titel wurde bewusst gewählt. Nicht weil wir die Herausforderung des demographischen Wandels schönreden wollen. Sondern weil wir wissen, dass die Probleme sehr oft überzogen dargestellt werden und überzeugt sind, dass es möglich ist, die Herausforderungen der Alterung zu bewältigen, wenn wir rechtzeitig mit den erforderlichen Maßnahmen beginnen.

Von zentraler Bedeutung ist dabei das Spannungsfeld zwischen Demographie und Arbeitsmarkt. Noch vor etwas mehr als zehn Jahre sind die Demographieprognosen davon ausgegangen, dass es ab der Jahrtausendwende zu einer allmählichen Entlastung des Arbeitsmarktes kommen würde – durch einen Rückgang des Arbeitsangebots. Ab dann sollte die

Sozialpolitik in Diskussion, Band 4/2007: Seiten 8–9

Zahl der Personen im Erwerbsalter sinken. In den ersten Prognosen dieses Jahrhunderts wurde der Beginn der demographisch bedingten Entlastung des Arbeitsmarktes dann für das Jahr 2011 erwartet. In den aktuellen Prognosen hat sich dieser Zeitpunkt noch weiter in die Zukunft verschoben: frühestens 2020 wahrscheinlicher noch erst ab 2030 ist damit zu rechnen, dass das Arbeitsangebot zurückgehen wird.

Worüber aber bei allen Fachleuten Einigkeit besteht ist, dass der Anteil der über 45-jährigen Arbeitskräfte beträchtlich steigen wird. Für die Politik der kommenden Jahr(zehnt)e werden daher zwei Ziele zentral sein: zum einen eine massive Verbesserung der Erwerbschancen, d.h., der Bereitschaft der Unternehmen, ältere Personen auch tatsächlich zu beschäftigen und zum anderen für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit einer immer älter werdenden (Erwerbs)bevölkerung Sorge zu tragen: Dies beinhaltet rechtzeitige Maßnahmen sowohl zur Weiterbildung als auch zur Gesundheitsvorsorge. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen über 45 Jahre und insbesondere auch für Menschen über 55 Jahre, wie in den Zielen von Lissabon formuliert wurde, wird die eigentliche Herausforderung der demographischen Entwicklung sein.

Die Erhöhung der Beschäftigungsquoten allein ist jedoch nicht ausreichend. Ebenso wichtig ist es, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Es erstaunt mich, dass die EU-Kommission diese Herausforderung in ihrer Mitteilung nicht explizit anspricht. Allein in Österreich fehlen bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts noch 120.000 Arbeitsplätze aufgrund der demographischen Entwicklung und auch nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen ist jeweils mit einem deutlichen Anstieg des Arbeitsangebots zu rechnen. Was wir brauchen ist ein Wirtschaftswachstum, das über der Arbeitslosigkeitsschwelle liegt – das heißt ein Niveau, ab dem nicht nur die Beschäftigung zunimmt, sondern auch die Arbeitslosigkeit sinkt. In Österreich liegt diese Schwelle nach dem WIFO-Weißbuch „Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation“ bei knapp 2,5%.

Die niedrigen Geburtenraten werden immer wieder als die zentrale Größe hervorgehoben, welche die demographischen Verschiebungen bewirkt. Das ist sicherlich richtig, aber nicht alle Länder Europas haben dieses Problem in gleichem Maße: Es ist ganz offensichtlich, dass in den Ländern, wo die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser sind, auch die Geburtenraten deutlich höher sind. Wichtig ist auch, dass die Arbeit mit den eigenen Vorstellungen vereinbar ist, und ein Einkommen garantiert, von dem man selbst und eine Familie auch leben können. Des weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass in vielen Ländern Europas trotz niedriger Geburtenraten die Jugendarbeitslosigkeit auf einem unakzeptabel hohen Niveau liegt. Auch in Österreich ist es für Jugendliche vielfach sehr schwer geeignete Ausbildungsplätze zu finden. Wenn es tatsächlich zu wenig Jugendliche gibt, so sollte es doch die Minimalforderung sein, dass die Jugendlichen von heute ausreichende und qualitativ hochwertige Ausbildungsmöglichkeiten bekommen. Für die Ausbildung der Jugend wird definitiv noch immer zu wenig getan.

Mit der heutigen Veranstaltung möchten wir – beginnend mit der Fragestellung: was kann die Demographie und was kann sie nicht – dazu beitragen, wieder etwas mehr Realismus in die Diskussion zu bringen, und auch der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit, der bisher oft zu wenig berücksichtigt worden ist, soll wieder mehr Eingang in die Überlegungen finden. Im Vordergrund stehen dabei die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf Arbeitsmarkt und Alterssicherung. Ich danke den Experten für Ihr Kommen, ich danke Ihnen, dass Sie unserer Einladung so zahlreich Folge geleistet haben und wünsche Ihnen eine spannende und anregende Diskussion.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 4/2007: Seiten 8–9